

An Gustav Heinemann scheiden sich die Geister

I

Am 1. Juli dieses Jahres zieht Gustav Heinemann als neuer Bundespräsident in die Villa Hammerschmidt ein. Er siegte in einem spannenden politischen Rennen, das seine besondere Bedeutung durch die pointierte Gegensätzlichkeit der beiden Kandidaten gewann. Zum erstenmal seit 44 Jahren überhaupt und zugleich erstmalig in der relativ jungen Geschichte der Bundesrepublik wird damit ein Sozialdemokrat das höchste Amt im Staate bekleiden. Das ist ein wichtiger politischer Fakt, der auf die weitere innere Entwicklung unseres Landes nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Der zukünftige Bundespräsident paßt in keine Schablone. Er hat einen ungewöhnlichen und wechselvollen Lebensweg hinter sich. Gustav Heinemann betont selbst: „An der Wiege ist mir nicht gesungen worden, daß ich einmal Sozialdemokrat sein würde. Elternhaus, Erziehung, soziales Milieu wiesen in eine andere Richtung.“ Entsprechend dieser durch die persönliche Umwelt vorgezeichneten Richtung absolvierte er zunächst ein Studium, promovierte gleich zwei Mal, trat in ein Anwaltsbüro ein und ging dann in die Großindustrie, um — wie er selbst anmerkt — Karriere zu machen. Das gelang. In der wirtschaftlichen Hierarchie des Ruhrgebietes erklomm er die hohe Sprosse eines Vorstandsmitgliedes der Rheinischen Stahlwerke in Essen. Diese Position hatte er von 1936 bis 1949 inne.

II

In Wirtschaft und Politik unseres Landes bekleiden auch heute noch viele ehemalige Nationalsozialisten führende Aufgaben. Wir sind deshalb berechtigter Kritik durch unsere Nachbarvölker ausgesetzt. Gerade deshalb ist von außerordentlich großer Bedeutung, daß Gustav Heinemann sich von 1933 bis 1945 in keiner Weise zugunsten der Nationalsozialisten engagiert hat. Er gehörte vielmehr als aktives Mitglied zur Bekennenden Kirche, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten entschieden gegen die Nazidiktatur auftrat. Diese politische Haltung Heinemanns kann heute gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ein Bundespräsident mit einer unzweideutig „sauberen Weste“ dient dem inneren Frieden sowie dem äußeren Ansehen der Bundesrepublik.

III

Aufschlußreich ist der politische Lebenslauf Heinemanns nach 1945. Er selbst sagt dazu in dem Heftchen „Warum bin ich Sozialdemokrat?“:

„Als Deutschland nach 1945 die Chance erhielt, demokratisches politisches Leben zu entwickeln, gab es für mich kein Zögern. Einmal ging es darum, zu verhindern, daß die Aufteilung Deutschlands in Besatzungsgebiete auch zur politischen Spaltung unserer Nation führte. Zum anderen mußte dafür gesorgt werden, daß sich diesmal in Deutschland — anders als 1918 — eine lebenskräftige Demokratie entwickelte. Nur so konnte der Frieden gesichert werden. Ich glaubte damals, diese politischen Ziele in der CDU verwirklichen zu können. Es war, wie sich herausstellte, ein Irrtum. Unter dem beherrschenden Einfluß Adenauers verfolgte die CDU eine Politik der Restauration früherer Verhältnisse. Und überstürzt schuf sie Tatsachen, die dem Hauptanliegen deutscher Politik, der Wiedervereinigung, diametral entgegengesetzt waren.“

Dieser prinzipielle Gegensatz zur Wiederaufrüstungspolitik führte 1950 zu seinem damals aufsehenerregenden Rücktritt als Bundesinnenminister und 1952 zu seinem Austritt aus der CDU. Die Aufgabe der dann von ihm mitbegründeten „Gesamtdeutschen Volkspartei“ sah er darin, „das Bewußtsein unserer Bevölkerung dafür zu schärfen, daß

nicht eine Politik vermeintlicher Stärke, sondern nur umgekehrt eine Strategie des Friedens und der Entspannung zur friedlichen deutschen Wiedervereinigung führen könne". Diese Grundüberzeugungen hat Heinemann nicht aufgegeben. Nicht erst in dem viel diskutierten Interview, das er der *Stuttgarter Zeitung* gab, sondern bereits kurz nach seiner Nominierung unterstrich er in einem Gespräch mit dem *Spiegel* am 11. 11. 1968: „Inzwischen haben sich alle die Redensarten von der Befreiung des anderen Teiles Deutschlands oder von der Neuordnung Osteuropas, die man damals als Rechtfertigung hörte, als komplette Illusion erwiesen." Er plädiert deshalb weiterhin für eine „übergreifende europäische Sicherheits- und Friedensordnung", die sowohl West- als auch Osteuropa umfaßt und erkennt klar, daß diese Ordnung nicht gegen den Ostblock geschaffen werden kann, „sondern nur mit dem Ostblock, also nicht gegen die Sowjet-Union, sondern gerade auch einvernehmlich mit ihr".

IV

Nach der Auflösung der bei den Wahlen erfolglosen GVP schloß Heinemann sich der SPD an, für die er 1957 in den Bundestag einzog. In der Regierung der Großen Koalition übernahm er das Amt des Bundesjustizministers. Hier hat er als progressiver Mann gewirkt und überzeugende Arbeit geleistet. Darüber berichtet er in seinem vor kurzem erschienenen Sammelband „Plädoyer für den Rechtsstaat" ¹⁾. Für ihn ist die Reform des Strafrechts eine der bedeutsamsten Aufgaben, an denen der Deutsche Bundestag zur Zeit arbeitet. Heinemann unterstreicht:

„Zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen von 1871 und dem Leben der Gegenwart besteht ein tiefgreifender Unterschied. An die Stelle des klassenbewußten Obrigkeitsstaats von damals ist der freiheitliche, soziale und demokratische Rechtsstaat der BRD mit ganz anderen Leitbildern und Wertvorstellungen getreten. Dieses Neue bricht sich in unserem gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Leben Bahn. Es auch in jenem Rechtsgebiet, das am tiefsten in das Leben eines jeden Bürgers eingreifen kann, zur vollen Geltung zu bringen, das ist der eigentliche Sinn der gegenwärtigen Bemühungen um die Strafrechtsreform."

Aus dieser Grundhaltung ergibt sich, daß Heinemann sich gegen ein Übermaß strafrechtlicher Sanktionen wendet. So plädiert er u. a. für wichtige Einschränkungen bei Sittlichkeits- und Religionsdelikten und hat eine Präzisierung und Begrenzung der politischen Straftatbestände durchgesetzt. Er kämpft außerdem für wesentliche Änderungen des Strafvollzuges. Zur Abrundung des Bildes gehört, daß Gustav Heinemann ein entschiedener Gegner der Todesstrafe ist und sich als Bundespräsident weigern würde, ein Gesetz zu ihrer Wiedereinführung zu unterschreiben.

V

Man würde ein unvollkommenes und schiefes Bild Heinemanns zeichnen, wenn man nicht über sein umfassendes Engagement im kirchlichen Bereich berichtet. Bis 1967 war er Ratsmitglied der Evangelischen Kirche Deutschlands, deren Synode er als Präses von 1949 bis 1955 vorstand. Für seine Glaubensbrüder war und ist er kein bequemer Mann. Geschichtlich wirft er — und damit kennzeichnet er sich wiederum selbst — seiner Kirche vor allen Dingen vor, daß sie von der Reformation bis in die nationalsozialistische Zeit hinein Staatskirche blieb. Damit war nach seiner Auffassung über vierhundert Jahre eine „antidemokratische Erziehung unseres lutherischen Volksteiles" verbunden. Hart und deutlich kritisiert er:

„Der Durchbruch zur Demokratie im Jahre 1918 hatte sich nicht nur ohne christliche Beteiligung vollzogen, sondern geradezu gegen den Willen vor allem der evangelischen Kirchen . . .

1) Gustav Heinemann „Plädoyer für den Rechtsstaat". Verlag C. F. Müller, Karlsruhe 1969. 110 Seiten, 6,80 DM.

CHRISTIAN GÖTZ

Man fand kein positives Verhältnis zur Demokratie, sondern begegnete ihr vielmehr mit Reserviertheit, ja sogar mit Abscheu."

Er ist tief bekümmert darüber, daß die evangelische Kirche, aufs Ganze gesehen, „aus der traditionellen Neigung zu autoritären Staatsauffassungen schließlich sogar weithin mit dem Nationalsozialismus sympathisierte". Die „Staatsnähe" der Kirche ist ihm auch heute noch zu groß. Im übrigen befürwortet Heinemann ein politisches Engagement der Kirchen. Gleichzeitig widerspricht er aus seiner doppelten Sicht als Politiker und Mann der Kirche heftig der Vorstellung, es gäbe christliche Politik als Ausdruck einer Partei. Hier sei an seine inzwischen berühmte Rede im Bundestag vom Januar 1958 erinnert, in der er der CDU entgegenhielt, daß „Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle".

VI

Viele Leitartikler und Kommentatoren haben sich in den letzten Monaten mit dem Verhältnis Heinemanns zum Staat auseinandergesetzt. Dabei wiederholte sich auffällig oft der Vorwurf, er habe ein zu distanzierendes Verhältnis zum Staat. Manche meinten, er könne ihn deshalb nicht richtig repräsentieren. Die nach meiner Auffassung präziseste Antwort hat Heinemann in einem Artikel „Präsidentenskandidaten schreiben für die WAZ" in der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* am 1. 3. 1969 gegeben. Dort definierte er den Begriff Staat so: „Der Staat ist kein höheres Wesen, vielmehr ist er eine notwendige, mit Herrschaftsgewalt ausgestattete Ordnung zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und zur Wahrung des Rechtsfriedens." Daraus schlußfolgerte er: „Ich liebe meine Frau, aber nicht den Staat. ... Ich meine, das Verhältnis des Bürgers zum Staat sollte nicht von solchen irrationalen Empfindungen geprägt sein. Nicht das Gefühl, sondern die Vernunft sollte unsere Bindung an den Staat bestimmen. ... Der gute Staat braucht den wachsamem Bürger."

Diese klaren Feststellungen bedürfen keiner weiteren Kommentierung. Demokraten können sich durch die nüchterne und abgewogene Staatsauffassung Heinemanns nicht provoziert fühlen. Sie werden auch erfreut registrieren, daß Heinemann von übertriebener staatlicher Repräsentation gar nichts hält.

VII

Der Lebensweg und die politischen Auffassungen Heinemanns führen zwangsläufig dazu, daß er kein unumstrittener Mann ist. An ihm scheiden sich die Geister. Das haben die verschiedenen Reaktionen auf die Wahl Heinemanns bewiesen. Aus unseren Nachbarländern kamen überwiegend positive Kommentare. Das westliche Ausland begrüßte seine Wahl einheitlich. Erfreulich ist, daß auch eine Reihe von Zeitungen in osteuropäischen Staaten über die Wahl Heinemanns ohne negative Kommentierung oder sogar mit positiver Tendenz berichteten. Aus osteuropäischer Sicht fehlen Heinemann aufgrund seines untadeligen Verhaltens während der Zeit des Nationalsozialismus die entscheidenden Angriffsflächen, die viele andere führende Politiker der Bundesrepublik bieten.

Das hat die Presse in der DDR leider nicht daran gehindert, sich ausschließlich in Negation und Diffamierung zu ergehen. Typisch dafür war der Kommentar im FDJ-Organ *Junge Welt* vom 6. 3. 1969. Danach ist Heinemann ein langjähriger „Interessenvertreter des Monopolkapitals und der CDU/CSU". Die Zeitung berichtet zwar, daß er aus dem ersten Kabinett Adenauers ausschied, sie nennt aber nicht die dafür maßgebenden Gründe. Der Hinweis, daß Heinemann „während der Zeit des Faschismus

Prokurist der Rheinischen Stahlwerke war", soll den Eindruck erwecken, er sei ein Anhänger des Nationalsozialismus gewesen. Durch wichtige Auslassungen und Verdrehungen bewußt ein falsches Bild zu zeichnen, ist in diesem Fall mehr als schlechter Journalismus. Die gelenkte DDR-Presse sieht permanent eine Aufgabe darin, alle Vorgänge in der Bundesrepublik extrem einseitig negativ darzustellen. Sie ist zur objektiven Berichterstattung nicht fähig und stellt damit zugleich ein Instrument gegen jede Verständigungspolitik zwischen den beiden Teilen Deutschlands dar.

VIII

Die CDU/CSU reagierte auf die Wahl Heinemanns ausgesprochen schizophren. Für die Bundesregierung — und damit ja wohl auch für die sie tragenden und führenden Christdemokraten — erklärte *Conrad Ahlers*, die Bundesregierung sehe in der positiven Wertung, die die Wahl Heinemanns auch in den osteuropäischen Ländern gefunden habe „eine völlig gerechtfertigte Würdigung des Charakters und der Persönlichkeit“ des neuen Präsidenten. Die Wahl sei für das Bild der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Neben dieser „offiziellen Freude“ konnte man bei der CDU/CSU gleichzeitig eine große Verwirrung und tiefgehende Verärgerung über die in Berlin erlittene Schlappe verzeichnen. Sie gebärdete sich wie eine Staatspartei, der man unüberbietbares Unrecht zufügte; nicht wie eine Partei, die bei einer demokratischen Wahl unterlag. Das wirft übrigens ein bezeichnendes Licht auf das Staatsverständnis der CDU/CSU, das einer sehr kritischen Prüfung wohl wesentlich eher bedarf als die Staatsauffassung des neuen Präsidenten.

Als Heinemann sich, wie oben erwähnt, in der *Stuttgarter Zeitung* zu einigen brisanten politischen Fragen äußerte, war das für einige führende Christdemokraten ein willkommenener Anlaß, ihrem Unmut unüberlegt freien Lauf zu lassen. Wer das Interview genau liest, kann dafür auch nicht im geringsten Verständnis aufbringen. Heinemann definierte zunächst exakt die verfassungsrechtliche Position des Bundespräsidenten, meinte dann aber gleichzeitig als politische Wertung, es habe sich ein Stück „Machtwechsel“ vollzogen, weil „eine wesentliche Position unter allen unseren staatlichen Organen“ auf die bisherige Opposition übergegangen sei. Das ist zweifellos richtig und daraus ergibt sich ja gerade das hektische Reagieren der CDU/CSU. Es kann nur eine bewußte Infamie genannt werden, daß *Franz-Josef Strauß*, die Begriffe Machtwechsel (der auch in der Demokratie notwendig und legal ist) mit Machtergreifung *hitlerscher* Prägung in einen Topf warf und von dieser Position aus gegen einen so integren Demokraten wie Heinemann polemisierte. Derselbe Politiker hatte — wie alle seine Gesinnungsfreunde — bezeichnenderweise nichts dagegen einzuwenden, daß ihr Kandidat auch von der rechtsradikalen NPD gewählt wurde und ggf. nur mit diesen Stimmen hätte siegen können.

Führen wir als zweites gravierendes Beispiel noch die Äußerungen Heinemanns zur Bundeswehr an. Er erklärte: „Ja, auch die Bundeswehr ist heute ein Element der geschaffenen Tatsachen. Sie als solche in Frage zu stellen, ohne daß eine übergreifende gesamt-europäische Sicherheits- und Friedensordnung erreicht wird, ist unmöglich. ... Ich kann doch nur sagen, daß alles Rüsten einen politischen Sinn haben muß. Rüstung kann doch nicht an sich etwas Gutes sein.... Das heißt, jede Bundeswehr muß grundsätzlich bereit sein, sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen.“ Wer sich — und das hat die CDU/CSU sogar mit großer Leidenschaft getan — gegen solche Äußerungen wendet und von einem „Abgrund“ spricht, setzt damit nicht Heinemann herab, sondern wirft ein bezeichnendes Licht auf seine eigenen politischen Vorstellungen. Er leugnet nämlich das Primat der Politik gegenüber der Bundeswehr und plädiert für Rüstung um jeden Preis; kann er sich dann noch wundern, wenn manche ihn einen Militaristen nennen?

IX

Das Bild des künftigen Präsidenten rundet sich durch die Feststellung, daß er kein selbstgerechter und autoritärer Politiker, sondern ein Mann des Zweifels ist. So gab er in einem Fernseh-Interview mit *Günter Gaus* am 3. 11. 1968 — wann hat das ein anderer Minister schon einmal so unverblümt getan — „wirklich viele Mißerfolge“ zu und betonte: „Man muß nicht meinen, man hätte die absolute Weltweisheit. Das liegt mir nicht.“ Das Amt des Bundespräsidenten wird er nur „mit viel Zagen“ übernehmen. Gleichzeitig bestreitet er nicht, ein unbequemer Präsident zu werden. Auf eine entsprechende Frage antwortete er am 11. 11. 1968 einem *Spiegel-Interviewer*: „Das sagt man. Wir können uns auch angesichts unserer gesamten Situation nichts Bequemes vorstellen. Was überhaupt in der ganzen Breite aller Fragen vor uns steht, das wird so bedrängend sein, daß wir mit ruhigen Tagen gar nicht rechnen dürfen.“

Nicht nur sein Lebensweg und seine politischen Grundauffassungen, sondern gerade auch seine Zweifel, sein Zagen und seine Unbequemheit lassen uns in dem neuen Bundespräsidenten in einer unruhigen Zeit eine Chance für unsere junge Demokratie sehen.